Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung
in dem Parteiordnungsverfahren
22/1975/P
15.03.1976

Vorstand des SPD-Unterbezirks F,
vertreten durch den Vorsitzenden,
und
Vorstand des SPD-Bezirks H-S,
vertreten durch den Vorsitzenden, A aus F

- Antragsteller -

g e g e n

U aus F

- Antragsgegner -

Beistand: S aus F

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung am 15. März 1976 unter Mitwirkung von

Käte Strobel (Vorsitzende)
Dr. Johannes Strelitz
Prof. Dr. Peter Landau

entschieden:

Unter Aufhebung der Entscheidung der Bezirksschiedskommission II H-S vom 15. Dezember 1975 wird der Antragsgegner U aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen.

Tatbestand

Am 15.9.1975 führte der SPD-Bezirk H-S gemeinsam mit dem Unterbezirk F eine Solidaritätsveranstaltung für die Sozialistische Partei Portugals durch. Auf der Eintrittskarte sowie in

der einleitenden Ansprache des Bezirksvorsitzenden wurde der besondere Charakter dieser Kundgebung ausdrücklich klargestellt.

Die Versammlung war parteiöffentlich. Außerdem nahmen an ihr etwa 100 portugiesische Gäste und etwa 60 Vertreter von Fernsehen, Funk und Presse teil.

B trat mit S als Vertreter der Sozialistischen Partei Portugals gemeinsam auf, um dadurch die Solidarität mit einer in der Sozialistischen Internationalen verbundenen Bruderpartei besonders zum Ausdruck zu bringen.

Während der Rede von S erhob U mit einem Begleiter ein rotes Transparent, das in portugiesischer Sprache die Aufschrift trug "Sozialismus in Portugal - Ja! Solidarität mit S - Nein!"

Das Transparent wurde sofort von V heruntergerissen, als die anwesenden portugiesischen Gäste ihr Mißfallen deutlich zum Ausdruck brachten. U und sein Begleiter wurden anschließend aus dem Saal geführt.

Zu diesem Vorfall war es gekommen, nachdem U und sein Begleiter, von dem feststeht, daß zumindestens er sich unberechtigter Weise durch eine Ordnerbinde ausgewiesen hatte, in der ersten Reihe Plätze eingenommen hatten. Dabei hatte U gegenüber Anwesenden erklärt, diese Stühle seien für Ordner reserviert. Beide hatten von Anfang an die Absicht, ihr mitgeführtes Transparent zu entfalten. Außerdem stellte U eine Tasche unter seinen Stuhl, in der sich mit M. F. unterzeichnete Flugblätter befanden, die die Aufschrift trugen "Portugal auf dem Wege zum Sozialismus?" Diese Briefe waren vor der Veranstaltung verteilt worden.

Das Auftreten U fand in der Presse ein großes Echo. Der Berichterstattung war dabei zu entnehmen, daß es sich nach Auffassung der Pressevertreter bei U um einen Demonstranten handele, dem es gelungen war, die Saalkontrolle zu umgehen. Daraufhin gab U eine von ihm unterzeichnete Pressemitteilung heraus, in der er sich als Mitglied der SPD auswies. Weiterhin wurde dort ausgeführt, daß die Entwicklung "in allen Gliederungen der SPD, vornehmlich bei jungen Parteimitgliedern, sehr intensiv und kontrovers diskutiert" werde. Weiterhin heißt es: "Sie (gemeint die Kundgebung) diene lediglich der Selbstdarstellung und der Bejubelung der beiden Parteiführer S und B und war darauf angelegt, die Anwesenden zu bedingungsloser Akklamation zu verpflichten."

Der Vorstand des SPD-Unterbezirks F beschloß daraufhin am 22. September 1975 gegen U ein Parteiordnungsverfahren anzustrengen. Am 26.9.1975 beschloß der Vorstand des Bezirks H-S als Sofortmaßnahme das Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft für die Dauer von drei Monaten anzuordnen. Begründet wurden diese Maßnahmen damit, daß das Verhalten U mit sozialdemokratischem Selbstverständnis nicht zu vereinbaren sei und einen gro-

ben Verstoß gegen die Grundsätze der Partei darstelle. U habe durch die Pressemitteilung das Ansehen der SPD zusätzlich geschädigt.

Mit Schreiben vom 20. Oktober 1975 an die Schiedskommission H-S beantragte U die Aufhebung der Sofortmaßnahme, da deren Voraussetzungen nicht gegeben seien. Außerdem beantragte er mit einem weiteren Schreiben vom gleichen Tag an die Schiedskommission beim Unterbezirk F, festzustellen,

daß er sich eines Verstoßes gegen die Parteiordnung nicht schuldig gemacht habe.

Er begründete diesen Antrag damit, daß er sich keines Verstoßes gegen § 35 des Organisationsstatuts schuldig gemacht habe. Insbesondere habe er nicht gegen den Grundsatz der Solidarität verstoßen. Dieser Begriff sei ohnehin nicht näher definiert. Vielmehr solle versucht werden, durch Verschieben dieses Prinzips das Recht auf freie Meinungsäußerung innerhalb der Partei, das Recht auf Kritik der eigenen Parteiführung oder der einer sozialistischen Bruderpartei einzuschränken. Sein Verhalten habe sich noch im Rahmen desjenigen gehalten, was ihm als freie Meinungsäußerung zugestanden werden müsse. Es sei unterlassen worden, den Besuchern der Veranstaltung die Möglichkeit einzuräumen über die Vorgänge in Portugal zu diskutieren.

Auf die mündliche Verhandlung vom 21.11.1975 beschloß die Schiedskommission II des Bezirks H-S, die Sofortmaßnahmen aufzuheben und U das Recht zur Bekleidung aller Funktionen auf die Dauer von einem Jahr abzuerkennen.

Zur Begründung stützt sich die Schiedskommission auch auf das Ergebnis des am 21.11.1975 durchgeführten Beweistermins. Sie führte aus, daß nicht die politische Ansicht U bezüglich der Vorgänge in Portugal Gegenstand des Verfahrens sei, sondern allein das Verhalten auf der Veranstaltung. Sodann stellte das Gericht unter Anwendung der von ihm aufgestellten grundsätzlichen Erwägungen u.a. fest, daß U wegen des ihm bekannten besonderen Charakters der Kundgebung durch sein Verhalten eine Provokation bewirkt habe, die unangemessen gewesen sei und das erforderliche Maß an Selbstdisziplin und notwendiger Selbstbindung habe vermissen lassen.

Gegen diese Entscheidung legte der Antragsteller gemäß Beschluß vom 12.12.1975 bei der Bundesschiedskommission Berufung ein. Er ist der Ansicht, daß das Funktionsverbot U parteischädigendem Verhalten nicht gerecht werde. Diesem sei es nicht um eine innerparteiliche Auseinandersetzung, sondern um eine öffentliche Demonstration gegangen. Sein Verhalten beinhalte einen Verstoß gegen die Ordnung der Partei. Für die Partei sei ein schwerer

Schaden entstanden, da ihre Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit beeinträchtigt worden sei. Das Recht der freien Meinungsäußerung könne nicht dazu herhalten, daß man als Mitglied der Partei genau das Gegenteil von dem sage, was die SPD sich politisch zum Ziele gesetzt habe.

Der Antragsteller beantragt,

den Sachverhalt neu zu würdigen, wobei das Gesamtmaß der zu ergreifenden Maßnahmen in das Ermessen des Gerichts gestellt wird.

Der Antragsgegner beantragt, festzustellen,

daß er sich eines Verstoßes gegen die Parteiordnung nicht schuldig gemacht habe.

Zur Begründung wiederholt er im wesentlichen sein bisheriges Vorbringen. Insbesondere habe er nicht gegen die Grundsätze der Partei verstoßen. Mit der Freiheit des Geistes sei es unvereinbar, vom Vorstand abweichende Meinungen mit Parteiausschlüssen oder anderen administrativen Maßnahmen zu ahnden.

Auf das weitere Vorbringen der Parteien wird Bezug genommen.

Gründe

Antragsteller wie Antragsgegner haben Berufung gegen die Entscheidung der Vorinstanz form- und fristgerecht eingelegt.

Die Entscheidung ergeht im schriftlichen Verfahren.

Die Bundesschiedskommission hat sich bei der Würdigung des Vorbringens der Beteiligten und der Entscheidungsbegründung der Vorinstanz darauf beschränkt, wie das tatsächliche Verhalten des Antragsgegners auf der Veranstaltung und seine Pressemitteilung nach den für Sozialdemokraten geltenden Regeln und Grundsätzen zu beurteilen ist. Sie brauchte daher in eine Beweiswürdigung, z.B. über die Teilnahme oder Nichtteilnahme des Antragsgegners an der Verteilung der gegen die Veranstaltung und gegen die Politik der SPD im Verhältnis zu Portugal gerichteten Flugblätter, nicht einzutreten.

Unstreitig hat der Antragsgegner die Veranstaltung der SPD durch das Hochhalten des Transparents nicht nur erheblich gestört, sie sollte entgegen ihrem eigentlichen Zweck als Solidaritätsveranstaltung in eine Protestkundgebung umfunktioniert werden.

Dabei läßt die Tatsache, daß die Aufschrift in portugiesischer Sprache verfaßt war, eindeutig erkennen, daß besonders die portugiesischen Gäste darauf aufmerksam gemacht werden sollten, daß ein erheblicher Teil der SPD sich nicht mit dem Vorsitzenden der PPS - S - solidarisch fühlt und damit die von seiner Partei vertretene Politik ablehnt. Da Fernsehen, Rundfunk- und Presseberichte über diese Veranstaltung naturgemäß auch an die portugiesische Öffentlichkeit gelangen mußte, worüber beim Antragsgegner kein Zweifel bestehen konnte, ist die Absicht, mit seinem Verhalten gleichzeitig der portugiesischen Öffentlichkeit vor Augen zu führen, daß S und die PPS mit erheblichem Widerstand innerhalb der deutschen Öffentlichkeit und insbesondere der SPD rechnen müsse, als erwiesen anzusehen.

Das Zeigen des Transparents ist auch eine gegen die Durchführung der sozialdemokratischen Veranstaltung gerichtete Aktivität mit gewollter und, wie sich gezeigt hat, tatsächlicher Wirkung auf die deutsche Öffentlichkeit. Niemand wird ernstlich behaupten können, daß die Presseberichterstattung bezüglich des demonstrativen Zeigens des Transparentes anders aufgefaßt werden konnte.

Besonders zu verurteilen ist, daß der Antragsgegner mit seiner Pressemitteilung sein Vorgehen zu rechtfertigen sucht und sich ausdrücklich zu ihr bekannt hat. Obwohl ihm auf Grund der von ihm in der Presse zitierten Ausdrücke wie "Provokateure", "Chaoten", "Störer" usw., spätestens jetzt Bedenken an seinem Verhalten hätten kommen müssen, gab er sich als Mitglied der SPD zu erkennen.

Bei allem kann sich der Antragsgegner zu seiner Rechtfertigung nicht auf das selbstverständliche Recht als SPD-Mitglied berufen, Entscheidungen ihrer Vorstände zu kritisieren. Innerparteiliche Meinungsbildung muß jederzeit, basierend auf den Grundauffassungen der Partei, und im Rahmen der durch das Parteistatut bestimmten Formen, gewährleistet sein. Wie der Antragsgegner selbst nicht behauptet hat, lag seinerseits kein Gewissensnotstand vor, der ihn als ultima ratio zu seinem Verhalten veranlaßt hat. Grenzen und Inhalt der Meinungsfreiheit werden aber auch vom Selbstverständnis der Mitglieder der Partei getragen, bei ihren Äußerungen nach außen Rücksicht auf die Interessen der Partei zu nehmen. Gerade gegen diese Formen und dieses Selbstverständnis hat der Antragsgegner erheblich verstoßen, indem er nicht, was möglich gewesen wäre, die innerparteiliche Diskussion gesucht hat, sondern zur Durchsetzung seiner Meinung bewußt und gewollt und nicht aus einer Unüberlegtheit oder augenblicklichen Stimmung heraus den Weg der Störung einer Veranstaltung mit besonderem Charakter in voller Kenntnis der zwangsläufigen Folgen gewählt

hat. Unzweideutig wird dies durch seine spätere Mitteilung an die Presse bestätigt. Dabei geschah die Störung in einer Weise, wie sie nur bei aggressiv-aktivistischen politischen Gegnern der SPD vorkommt. Dieses Verhalten wiegt um so schwerer, als der Antragsgegner nach seinem politischen Werdegang in der SPD über genug Erfahrung und Wissen verfügt, um den Charakter seines Auftretens richtig bewerten zu können.

Sowohl mit seiner bewußten und gewollten Störung der Veranstaltung, als auch durch die Pressemitteilung hat er der Partei großen Schaden zugefügt.

So hat er die internationalen Beziehungen gefährdet, indem er der Öffentlichkeit im In- und Ausland den Eindruck vermittelte, daß die solidarischen Beziehungen zwischen der SPD und einer Schwesterpartei, die Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, von einem erheblichen Teil der SPD-Mitgliedschaft abgelehnt und sich diese Mitglieder von der durch die PPS vertretenen Politik distanzieren würden. Der Glaubwürdigkeit der Partei, die durch eine wichtige Veranstaltung in der Öffentlichkeit im besonderen Maße für ihre solidarischen Bemühungen zu werben suchte hat er durch sein Verhalten erheblich beeinträchtigt und damit dem politischen Gegner die Möglichkeit zu öffentlichen Angriffen gegeben. Er hat auch die Willensbildung in schädlicher Weise zu beeinflussen gesucht, indem er bei der politischen Auseinandersetzung unzulässige Mittel eingesetzt hat, zu deren Anwendung andere Mitglieder der Partei ermutigt werden sollten.

Aus all diesen Gründen war auf Ausschluß zu erkennen.